

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

19.8.1930 (No. 191)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher Zeitung
Karlsruhe Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfach
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
i. B.:
C. A. Geffrich
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,20 RM. einchl. Postgebühren. — Einzelnummer 10 Pf.; Sonntags 15 Pf. — Anzeigengebühren: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatte, bei als Kassenzahlung und vorwegbezahlt werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruhe, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, zwangsweiser Vortreibung und Kontroversen fällt der Karlsruher Zeitung die Haftung für die Beschränkung des Umfangs oder die Nichterfüllung zu. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. — Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung: Badischer Staatsanzeiger, Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Staatsanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Volksblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Zölle auf Butter und Käse

Die neuen Verhandlungen mit Finnland
In Bestätigung der Meldung der „Deutschen Bodensezeitung“ teilt die Badische Landwirtschaftskammer mit: „Der Präsident der Badischen Landwirtschaftskammer, Dr. Graf Douglas, ist, wie schon erwähnt, im Auftrag der Reichsregierung als Generalfachverständiger für das deutsch-finnische Handelsabkommen in Begleitung von Dr. von Engelberg nach Helsingfors abgereist.“ — Ministerialdirektor Dr. Ritter ist bereits in Helsingfors eingetroffen.

Zu dem Versuch, mit Finnland in der Frage des Butter- und Käseolles zu einer gütlichen Einigung zu kommen, erklärt die dem Reichsernährungsminister Dr. Schiele nahe stehende „Deutsche Tageszeitung“: „Daß dieser Versuch der letzte bleiben, und daß diese Verhandlung schleunigst zu Ende geführt werden muß, versteht sich für uns von selbst. Führt er nicht zum Ziele, dann muß schon in den nächsten Tagen das Reichsministerium endgültig die Kündigung beschließen. Das ist auch der Standpunkt, von dem der Reichsernährungsminister ausgeht, und an dem er bestimmt festhalten wird. Faule Kompromisse darf es in dieser landwirtschaftlichen Lebensfrage nicht geben und wird es auch nicht geben!“

Die deutsch-niederländischen Handelsbeziehungen

W.D. Rotterdam, 19. Aug. (Tel.) Die Vertreter des Zweiverbandes der niederländischen Industrie- und Handelskammern und der Industrie- und Handelskammer Rotterdam haben die Besprechungen über die Schwierigkeiten der deutsch-niederländischen Handelsbeziehungen in Rotterdam fortgesetzt. Die Vertreter der Rotterdammer Handelskammer äußerten ihre Befriedigung darüber, daß die deutsch-finnischen privaten Verhandlungen, wie sie vernommen hätten, gescheitert seien. Die deutschen Handelskammern sprachen die Erwartung aus, daß Deutschland bald die Ratifizierung des Zusatzvertrages mit Finnland vom 29. Mai 1929 vornehmen werde. Sollte entgegen dieser Erwartung der deutsch-finnische Handelsvertrag doch gekündigt werden, so hoffte die deutschen Handelskammern, daß der Einfuhrzoll für Butter unter keinen Umständen höher angesetzt werde als in dem Zusatzvertrage vorgesehen. An den gegenwärtig in Deutschland geltenden Einfuhrzöllen auf Käse wird nach der Meinung der deutschen Vertreter sicherlich nichts geändert werden. Die Vertreter der deutschen Industrie- und Handelskammern sprachen ihre Meinung dahin aus, daß, wenn die Veranlassung für die niederländische Wahlrechtsbewegung beseitigt sei, die Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern wieder wie früher gutnachbarliche werden würden.

Auf niederländischer Seite teilte man diese Hoffnung, man hat das feste Vertrauen, daß die Veranlassung, die zu der Boykottbewegung geführt habe, sich nicht wiederholen werde. Beide Parteien waren sich dahin einig, daß auf die beiderseitigen Regierungen ein Druck ausgeübt werden müsse, um den gegenwärtigen Handelsinteressen der beiden Völker Rechnung zu tragen.

Die Außenhandelspolitik Dänemarks

W.D. Kopenhagen, 18. Aug. (Tel.) Der dänische Minister des Auswärtigen, Dr. Munde, sprach in einer politischen Versammlung über die handelspolitischen Beziehungen Dänemarks zum Ausland. Er führte u. a. aus:

Die allgemeine Wirtschaftskrise hat in den letzten Monaten in Europa große Deutlichungen geschaffen. Unsere Landwirtschaft ist die einzige, die nicht betroffen wurde. Unsere Exportindustrie hat vermocht, neue Methoden auszunutzen. Aber wir können nicht damit rechnen, daß wir von den Folgen dieser Krise auf die Dauer ganz verschont bleiben. Deutschland und England, die unsere wichtigsten Kunden sind, sind am schwersten in Mitleidenschaft gezogen. In diesen kritischen Zeiten sind die Staaten versucht, Maßnahmen zu ergreifen, von denen auch die Nachbarn betroffen werden.

Die von Deutschland getroffenen Maßnahmen haben viele Schwierigkeiten bei uns hervorgerufen und große Bitterkeit verursacht. Was haben wir zu tun, um die Folgen dieses Zustandes zu begrenzen? Wir können neue Märkte suchen und finden und die kleineren Märkte, die wir schon haben, erweitern. Das genügt aber noch nicht. Solange die Welt so aussieht wie heute, werden Deutschland und England unsere wichtigsten Märkte sein und bleiben. Wenn unser Wirtschaftsleben gedeihen soll, müssen wir mit diesen beiden Ländern einen bedeutenden Handel unterhalten. Daher müssen wir gegenüber solchen Schritten, die in Deutschland durch Krisen und Unruhen verurteilt wurden, alle Energie einsetzen, um auf dem Wege der Verhandlungen die hemmenden Maßnahmen sobald wie möglich zu beseitigen oder sie zu ändern. Wir müssen uns bestreuen, nachzuweisen, daß solche Eingriffe unserer beiden Länder zum Schaden gereichen müßten. Daher müssen wir die Bestrebungen des Völkerbundes unterstützen, durch internationale Vereinbarungen eine liberale und rationelle europäische Handelspolitik zu fördern.

Der deutsche Botschafter in Paris, von Dösch, wird in diesen Tagen zu Besprechungen mit dem Reichsaussenminister Dr. Curtius nach Berlin kommen. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, handelt es sich nicht um einen Urlaub, sondern tatsächlich um eine nur zum Zwecke der Besprechung mit dem Reichsaussenminister unternommene Reise. Es werden in dieser Hinsicht Besprechungen besprochen werden, wie das jedesmal vor Beginn einer Ministertagung der Fall ist. Der Reise eine andere Bedeutung zu geben, wird als abwegig bezeichnet.

Letzte Nachrichten

Beratungen der Reichsregierung

Wahlreform und Finanzreform

W.D. Berlin, 19. Aug. (Tel.) Das Reichskabinett ist heute vormittag 11 Uhr zu der angekündigten Sitzung zusammengetreten, um den Entwurf des Reichsinnenministeriums zur Wahlreform zu beraten. An den amtlichen Stellen wird über die Einzelheiten stillschweigend bewahrt; man darf aber annehmen, daß die Mitteilungen, die bisher in der Presse erschienen sind, den Entwurf ungefähr richtig wiedergeben. Das Kabinett wird sich heute auch mit dem Finanzproblem beschäftigen. Allerdings wird man heute wohl nur so weit kommen, daß Reichsfinanzminister Dietrich in großen Zügen seine Pläne entwickelt, so daß also die Ausgestaltung des Programms in den Einzelheiten späteren Sitzungen des Kabinetts vorbehalten bleibt. In politischen Kreisen rechnet man damit, daß die Beratungen des Kabinetts den ganzen Tag in Anspruch nehmen werden.

162 statt 35 Wahlkreise

Der vom Reichsinnenministerium ausgearbeitete Wahlreformentwurf enthält, wie die „Voss. Ztg.“ wissen will, in der Hauptsache nur eine Änderung der Wahlkreiseinteilung. Gegenwärtig gibt es 35 Wahlkreise. Der neue Entwurf schlägt die Bildung von 162 Wahlkreisen vor mit einer durchschnittlichen Bevölkerungszahl von 300 000. Wenn das Wahlalter beibehalten wird, bedeutet das Wahlkreise mit rund 250 000 Wahlberechtigten und (eine 80proz. Wahlbeteiligung vorausgesetzt) von rund 200 000 Wählern. Diese Wahlkreise ermöglichen eine unmittelbare Beziehung zwischen Wählern und Kandidaten. Von Bedeutung wird es sein, wie in den verschiedenen Wahlkreisen dem Grundgedanken des Verhältniswahlrechts Rechnung getragen wird, besonders bei der Zusammenfassung der Kreise, denn die Wahlkreise soll verschwinden. In Zukunft sollen die Kreise in den Wahlkreisen selbst berechnet und aufgeteilt werden.

Die Friedensverhandlungen in Indien

Gandhis Bedingungen

W.D. London, 19. Aug. (Tel.) Nach Abschluß der Friedensbesprechungen im Gefängnis von Poona hat Gandhi am letzten Freitag einen Brief an den Vizekönig von Indien geschrieben. „Daily Telegraph“ will wissen, daß der Brief folgenden Inhalt hat:

Gandhi erklärt, er sehe ein, daß der Vizekönig und die britische sozialistische Regierung angesichts der starken konservativen und liberalen Opposition vielleicht nicht instande sein werden, Indien gegenüber die Gewähr dafür zu übernehmen, daß das Ergebnis der Konferenz am runden Tisch wirkliche Unabhängigkeit, d. h. der Status eines Dominiums sein wird. Er verlangt aber, daß der Vizekönig und die britische Regierung sich verpflichten, diese Politik am Konferenztag offiziell zu der übrigen zu machen. Wenn eine solche Verpflichtung übernommen und durch Gewährung einer Amnestie für alle politischen Gefangenen bekräftigt werde, dann würden die indischen Nationalisten bereit sein, die jetzt im Gange befindliche Bewegung einzustellen.

In einem Leitartikel nennt „Daily Telegraph“ diese Mitteilung Gandhis ein Ultimatum und sagt, sie bedeute nur eine Wiederholung der unfruchtbarsten Forderungen, die schon vor Monaten gestellt wurden. Das Programm Gandhis sei lediglich insofern geändert worden, als er jetzt nicht mehr dem britischen Parlament, sondern der britischen Regierung ihre Politik diktiert. Der von gemäßigten indischen Politikern unternommene Friedensschritt sei also vergeblich gewesen, und die indische Regierung habe lediglich weiterhin ihre Pflicht zu tun.

England plant regelmäßigen Luftschiffverkehr nach Amerika

W.D. London, 19. Aug. (Tel.) Die Blätter veröffentlichen ein vom Luftfahrtministerium herausgegebenes Manuskript, in dem es heißt, sobald durch die Verkaufserlöse der beiden britischen Luftschiffe „R 100“ und „R 101“ genügende Erfahrungen gesammelt seien, bestimme die Luftfahrt die Luftschiffverkehr von Cardington nach Montreal und New York einzurichten.

Dockarbeiterstreik in Le Havre

W.D. Paris, 19. Aug. (Tel.) Aus Le Havre wird berichtet, daß sich im Hafen unter Verletzung des Arbeitsvertrages zahlreiche Zwischenfälle ereignet hätten. Die Lösung mehrerer Dampfer sei eingestellt worden. Der Arbeitgeberverband habe den Dockarbeitern zur Kenntnis gebracht, daß jegliche Tätigkeit im Hafen vom 21. August an eingestellt werde, wenn nicht morgen auf sämtlichen Schiffen ohne Ausnahme die Arbeit regelrecht ausgeführt werden sollte.

Aufstand in Persien?

W.D. Paris, 19. Aug. (Tel.) Wie der „Matin“ berichtet, ist nach Nachrichten aus Teheran ein Aufstand in Schiras ausgebrochen. Mehrere Offiziere und 120 Mann Regierungstruppen sollen getötet worden sein.

Veredelung der Hauszinssteuer

Zu diesem Thema wird uns geschrieben:

Sehr viele Mieter wissen es nicht, daß von dem Mietbetrage, den sie allmonatlich zahlen, durchschnittlich 40 Prozent nicht im Besitz des Hauseigentümers bleiben, sondern von dem Staat in Gestalt der Hauszinssteuer in Anspruch genommen werden. Diese 40 Prozent sämtlicher Mieten stellen natürlich ein ungeheures Wertobjekt dar. Veranschlagt man den Wert des gesamten deutschen Hausbesitzes auf 100 Milliarden Reichsmark, so werden nicht weniger als 40 Milliarden Reichsmark dieses Volkvermögens vom Staat in Gestalt der Hauszinssteuer mit Beschlag belegt. Ursprünglich sollten die Erträge der Hauszinssteuer, die jährlich etwa 1600 Millionen Reichsmark betragen, zur Förderung des Wohnungsbaues, insbesondere des Kleinwohnungsbaues verwendet werden. Tatsächlich aber wird etwa die Hälfte der Einnahmen aus der Hauszinssteuer heute von den Ländern und Kommunen wegen ihrer schlechten Finanzlage zur Deckung eigener Bedürfnisse verwendet, und nur die andere Hälfte dient in Gestalt von Hauszinssteuerhypotheken der Förderung des Wohnungsbaues.

Es ist eine sehr schwer zu beantwortende Frage, wo die ungeheuren Geldbeträge, die alljährlich durch die Hauszinssteuer aus der deutschen Wirtschaft herausgezogen werden, eigentlich bleiben. Allerdings werden zum Zwecke des Wohnungsbaues aus den Hauszinssteuererträgen jährlich etwa 800 Millionen Reichsmark an billige Hypotheken ausbezahlt. Diese Hypotheken müssen, wenn auch niedrig, verzinst werden. Sie sollen auch nach vielen Jahren einmal zurückgezahlt werden. Darüber, wer nun eigentlich der Gläubiger dieser Hauszinssteuerhypotheken ist, besteht einige Unklarheit. Nimmt man an, daß das Reich oder die Länder als Gläubiger zu gelten haben, so würden nach Jahrzehnten ungeheure Beträge aus der Rückzahlung der Hauszinssteuerhypotheken dem Staate wieder zufließen. Bis dahin aber gehen sie dem Staate, den Kommunen und auch der Wirtschaft verloren. Sie stellen gewissermaßen lahmgelegtes, künstlich unfruchtbar gemachtes Volkvermögen dar. Der Gedanke liegt also nahe, das Kapital, das in den Hauszinssteuern investiert ist, wieder lebendig und für die Wirtschaft nutzbar zu machen.

Der „Reichsausschuß für Reform der Hauszinssteuer, für Kapitalbildung und Wohnungswesen“, an dessen Spitze der frühere Reichstagsabgeordnete Dr. Fleischer steht, hat kürzlich den Vorschlag gemacht, daß diese Hauszinssteuererträge nicht mehr direkt an die Baufähigen abgegeben werden sollen, sondern von einer Hypothekenbank, die das Geld ihrerseits in Form von erst- und zweitgestellten Hypotheken mit fünfprozentiger Verzinsung dem Baumaarkt zuführen soll. Eine solche Hypothekenbank wäre dann in der Lage, nicht nur jährlich 1,6 Milliarden Reichsmark gegen eine Verzinsung von 5 Prozent für Wohnungszwecke zur Verfügung zu stellen, sondern sie könnte den Hauseigentümern, die die Hauszinssteuererträge an sie abführen, ersklassige Schuldzinsen in Form von fünfprozentigen Pfandbriefen auszuhändigen. Die Hauszinssteuererträge würden also dann in Zukunft den Hauseigentümern nicht mehr verloren gehen, sondern diese würden Pfandbriefe in entsprechenden Beträgen dafür empfangen, die sie zur Entschuldung ihrer Grundstücke verwenden könnten. Sie wären hierdurch auch instand gesetzt, die bekanntlich am 1. Januar 1932 zur Rückzahlung fälligen Aufwertungshypotheken mit Hilfe der Pfandbriefe zu verzinsen und zu tilgen. Die Frage der Einlösung oder Prolongierung der Aufwertungshypotheken könnte auf diese Weise in einer für Gläubiger und Schuldner gleich annehmbaren Form gelöst werden. Vor allem aber würden die Summen, die heute der Wirtschaft durch die Hauszinssteuergelder entzogen werden, ihr Vermittels der Pfandbriefe, die die Hauseigentümer empfangen, wieder zurückgegeben werden. Die Kapitalbildung, die heute so mangelhaft ist, würde hierdurch sehr wesentlich gefördert werden.

Man kann gegen diesen Vorschlag einwenden, daß bei seiner Verwirklichung die 800 Millionen Reichsmark, die heute von den Ländern und Kommunen für eigene Zwecke verwandt werden, diesen dann fehlen würden. Aber es würden andererseits der Wirtschaft so bedeutende Kapitalien zur Verfügung gestellt werden können, daß Staat und Gemeinden wahrscheinlich auf andere Weise reichlich Entschädigung für den Ausfall der Hauszinssteuermittel finden würden. Man bedenke nur, daß z. B. dem Hausbesitz alljährlich 166 Millionen Reichsmark in Form von Pfandbriefen in die Hände gegeben werden würden. Diese Summe müßte dann natürlich als Einkommen versteuert werden, was allein schon eine Mehreinnahme von

160 Millionen Reichsmark an Einkommensteuer bringen würde. Dazu kommt dann die außerordentlich stark Belebung des Baumarcktes, die eintreten würde wenn diesem anstatt jetzt 800 Millionen Reichsmark künftig 1600 Millionen Reichsmark zuzuführen würden. Aus der Mehrebeschäftigung von Arbeitern für Wohnungsbauzwecke würden sich erhöhte Löhne und damit erhöhte Lohnsteuererhebungen ergeben. Reich, Länder und Gemeinden würden hohe Summen, die jetzt für die Arbeitslosenfürsorge verwendet werden müssen, ersparen. Kurz, im Endergebnis würde die öffentliche Hand Mehreinnahmen erzielen, die nicht weit hinter den 800 Millionen Reichsmark, die ihnen jetzt aus der Hauszinssteuer zuzuführen, zurückbleiben. In der Übergangszeit müßten freilich noch andere Deckungsmittel für die Ausfälle gefunden werden, aber hier kann es sich nicht um allzu bedeutende Beträge handeln.

Unter allen Umständen erscheinen die Vorschläge des Reichsausschusses diskutabel. Der Gedanke, die Hauszinssteuerhypotheken durch Pfandbriefe schon in gegenwärtiger Zeit der Wirtschaft wieder nutzbar zu machen, ist in der Tat gesund und sollte unter allen Umständen verwirklicht werden. Die Gemeinden, die vielleicht am allerschwersten unter der gegenwärtigen Kapitalnot und unter dem Mangel an Mitteln für Wohnungs- und andere Bauzwecke leiden, haben ein großes Interesse daran, daß eine offenbar verschüttete Quelle der Kapitalbildung wieder freigemacht wird, und daß insbesondere der Bauwirtschaft eine umfangreiche Kreditunterlage neu zur Verfügung gestellt wird.

Die Finanzierung des Wohnungsbaues Zwischentredite

Ein Rundschreiben des Reichsarbeitsministers sieht nähere Bestimmungen für die Finanzierung des zusätzlichen Wohnungsbauprogramms vor.

Der neue Erlaß betrifft hauptsächlich die Zwischenfinanzierung. Die Bankkreditgesetze 1929 und 1930 ermöglichen es der Deutschen Bau- und Bodenbank AG in Berlin, für eine Zwischenfinanzierung erste Hypotheken zu beschaffen. Hierdurch wird der heimische Kapitalmarkt wesentlich entlastet. Die Zwischentredite werden auf ein Jahr, jedoch nicht länger als bis zum 15. August 1931 gewährt. Ihre Verzinsung wird nicht über 7 1/2 Prozent bei voller Auszahlung liegen. Dieser Zinssatz ist in Anbetracht der allgemeinen Lage auf dem Geld- und Kapitalmarkt so günstig, daß den Länderregierungen empfohlen wird, die Zinszuschüsse der Zwischentredite den Bauherren nachzuliegen. Da die Zinsen für das Bauliquidum eine nicht unwesentliche Rolle spielen, sollen die Zinsbedingungen für die Zwischenfinanzierung vor Genehmigung jedes Bauvorhabens nachgeprüft werden. Voraussetzung für Gewährung der Zwischentredite ist der Nachweis einer gesicherten Dauerfinanzierung.

Einzelheiten über die Bedingungen der Zwischentredite und ihre Sicherung sind bei der Deutschen Bau- und Bodenbank und ihren Zweigniederlassungen zu erfragen. Im übrigen haben die Bauherren für die Beschaffung der ersten Hypotheken- und - mit Ausnahme der Reichsdarlehen - auch für die Restfinanzierung selbst zu sorgen.

Im Hinblick auf die Erreichung einer möglichst billigen Verzinsung des Bauliquidums enthält der Erlaß die Weisung, daß Reichsdarlehen keinesfalls gewährt werden dürfen, falls die Zins- und Tilgungsbedingungen für die aus dem privaten Kapitalmarkt entnommenen Hypotheken ungünstiger liegen als die zur Zeit üblichen Sätze der führenden Institute des privaten und öffentlichen Realcredits.

Von verschiedenen Seiten wurde die Befürchtung geäußert, daß Gemeinden mit Rücksicht auf die Bauaktivität des Reiches ihre eigene Bautätigkeit entsprechend einschränken würden, und daß dadurch die Zufälligkeit der Maßnahme des Reiches gefährdet werden könnte. Der Reichsarbeitsminister hat deshalb die Länder ermahnt, dieser Frage ihre größte Aufmerksamkeit zu widmen, und erklärt, daß, falls gegen den Grundbesitz der Zufälligkeit im Einzelfalle bestehen würde, sämtliche für die betreffende Gemeinde oder den betreffenden Bezirk gewährten Reichsdarlehen zurückgezogen würden.

Kleine Chronik

Im Knappschäftsagentur Stillingen bei Saarbrücken ist der neunente der bei dem Bergwerksunglück in Clarenthal verwundenen 18 Bergleute gestorben.

Wie aus Nürnberg gemeldet wird, kommt der aus dem geizigen Prozeß her bekannte und wegen Messerstecherei zu Gefängnis verurteilte französische Schwimmer Goussier nicht nach Nürnberg. Bekanntlich wollte er an den Schwimmwettkämpfen in Nürnberg teilnehmen.

Gegen den Berliner Rechtsanwalt Dr. J. Schatz aus der Neuen Friedrichstraße schwebt ein Verfahren wegen Kreditbetruges. Dem Beschuldigten, der verhaftet wurde, wird zur Last gelegt, in 10 Fällen Wechsel verausgabt zu haben, die später nicht eingelöst wurden. Schatz war vorher als Registrator bei einer Finanzbehörde in Schlesien tätig. Er ist anscheinend ein Opfer des Alkohols. Die Anklage wirft ihm Betrug, Scheckbetrug und Unterschlagung von Geldern seiner Mandanten vor. Es handelt sich aber durchweg nur um Beträge unter 100 M., die der Anwalt für sich verwendet hat, um seiner Trinkleidenschaft fröhnen zu können. Schatz betrieb in den letzten Monaten gar keine Praxis mehr.

In der mechanischen Werkstätte der Maxhütte in Saalfeld haben gestern die beiden Arbeiter Herbert Wenzel und Louis Kandel Selbstmord durch Erschießen begangen. Kandel hatte schon seit Monaten selbstmörderische Absichten geäußert, ohne von seinen Arbeitskollegen ernst genommen zu werden, während bei Wenzel, der kurz vor seiner Verheiratung stand, das Motiv vollkommen im Dunkel liegt. Er hatte auch erst in den letzten Stunden wirre Reden geschrien.

In den Illertaler Alpen sind drei Touristen, darunter die Söhne des Generaldirektors Hoffmann einer Raffinerie Fabrik, mit dem Bergführer wahrscheinlich erfroren. Rettungs Expeditionen hatten bis jetzt keinen Erfolg.

Ein Güterzug fuhr in dem lothringischen Bahnhof Kreuzwald auf einen von Saarbrücken kommenden Personenzug auf und drückte den ersten Wagen des Personenzuges zusammen. Vier Personen wurden getötet, insgesamt sind 35 Personen verletzt, davon 15 schwer. Sechs Verwundete mußten die Bahne abgenommen werden. Der aus Saarbrücken kommende Personenzug war von Arbeitergruppen besetzt. Die Strecke war von dem Weichensteller für den Zug aus Saarbrücken freigegeben worden.

Der brasilianische Konsul in Oporto (Portugal) ist gestern mit einer Revolverkugel in der Brust sterbend aufgefunden worden.

Zur Wahlbewegung Reine Einnischung Hindenburgs in den Wahlkampf

Zu den Gerüchten, die den Reichspräsidenten mit der Besprechung zwischen Minister Scheele und Kammerherren v. Oldenburg-Jamischau in Verbindung bringen, oder von einer bevorstehenden Zusammenkunft des Reichspräsidenten mit Hitler wissen wollen, wird nochmals festgestellt, daß diese Meldungen in allen Teilen unzutreffend sind. Es wird betont, daß der Reichspräsident sich grundsätzlich in keiner Weise in den Wahlkampf einmischt.

Die Einigungsbestrebungen in der Pfalz

Die Landespressstelle der Deutschen Volkspartei in der Pfalz teilt mit, daß die Mitteilung von Verhandlungen zwischen der Staatspartei und der Deutschen Volkspartei in der Pfalz unrichtig ist. Es habe lediglich eine rein politische Aussprache zwischen dem Abg. Burger und Reichsrat Dr. Weiler stattgefunden. Ebenso unrichtig sei die Mitteilung von einem abgebrochenen Bündnis zwischen den beiden genannten Parteien in Franken.

Auf Anfrage werden von Reichsrat Dr. Weiler (Ludwigshafen) die Mitteilungen der Deutschen Volkspartei in der Pfalz bestätigt, daß es sich bei den gepflogenen Besprechungen lediglich um eine private Unterhaltung handelt. Wichtig sei, daß am kommenden Donnerstag in Neustadt a. S. Verhandlungen stattfinden, an denen sich maßgebende Persönlichkeiten, vor allem aus der Wirtschaft, aus allen bürgerlichen Lagern mit Ausnahme von Zentrum und Bayerischer Volkspartei beteiligen werden. Ziel der Besprechungen sei die Herstellung einer bürgerlichen Einheitsliste mit gemeinsamen Kandidaten.

Gescheiterte Einigungsverhandlungen in Schleswig-Holstein

GW. Kiel, 19. Aug. (Tel.) Die hier geführten Verhandlungen zwischen der Deutschen Volkspartei und der Deutschen Staatspartei über die Bildung einer gemeinsamen Front der bürgerlichen Parteien Schleswig-Holsteins sind abgebrochen worden, ohne zu einem Ergebnis geführt zu haben, da, wie verlautet, die Deutsche Staatspartei erklärte, daß ihr eine Zusammenarbeit mit den rechts von der Deutschen Volkspartei stehenden Parteien unmöglich sei.

Wahlaufruf der Konservativen

Die konservative Volkspartei, Richtung Westarp-Trevisanus, veröffentlicht jetzt ihren Wahlaufruf. Die Konservativen fordern Weisheit als die Voraussetzung echter Staatshoheit. Weiter heißt es in dem Aufruf: „Wir drängen auf eine Revolution der Erblichkeit, auf die Wiederherstellung der ungetreueren Grenzgebiete im Osten.“ Ferner wird gefordert: Abstützung der Siegerstaaten zur Herstellung der Rüstungsgleichheit, Befreiung von jedem moralischen Mangel. Die Reichsgewalt soll gestärkt, aber das geschichtlich und landwirtschaftlich begründete Eigenleben der deutschen Stämme beachtet werden. Agrarschutz und Schutz des selbständigen Gewerbes werden gefordert. Zum Schluß heißt es: „Wir lehnen es ab, einem ringenden Volk und einer jubelnden Jugend zukunftslos Verprechungen an Stelle des Gebotes pflichterfüllter Arbeit zu machen.“

Aus dem Wahlkampf

In einer sozialdemokratischen Wahlversammlung am Montagabend in Kassel sprach Reichsminister a. D. Severing. Er wendete sich gegen den Vorwurf, die Sozialdemokratie habe in der Reichseigentümer-Mitarbeiter-Vertrag die Sozialdemokratie werde auch nach der Neuwahl des Reichstages ihre Bereitwilligkeit zur praktischen Mitarbeit bekunden, aber ihre Selbstbindung verbiete es ihr, sich zu einer Mitarbeit zu drängen.

In Köln-Ehrenfeld sprach am Montag Hitler. Seine Bewegung sei national und antipolitisch bis zur letzten Konsequenz. Der Redner schloß mit der Aufforderung, den Kampf nach den Wahlen mit allen legalen Mitteln herbeizuführen. Nach Schluß der Versammlung kam es beim Abmarsch der Hiltlerleute auf der Denloer Straße zu tumultuarischen Szenen. Auf die Heiratsverträge der Nationalsozialisten antworteten die Hunderte von Anhängern der Linken, die die Straßen von beiden Seiten umfäumten, mit drohenden Fäusten und Schmährufen. Die Polizei ging mit dem Gummiknüppel und vorgehaltenem Karabiner gegen die Menge, vor und drängte sie in die Nebenstraßen ab. Einige Personen wurden festgenommen.

Kandidaturen

Der außerordentliche Bezirksparteitag der Sozialdemokratie der Pfalz genehmigte die Liste der sozialdemokratischen Reichstagskandidaten für die Pfalz. Spitzenkandidat ist wie seit her Johanna Hoffmann (Wachenheim), der frühere bayerische Ministerpräsident; der zweite, außerordentlich umtriebene Kandidat ist Rechtsanwalt Bauner (Ludwigshafen). Den dritten Platz belegt Medaieur Wilhelm Hoffmann (Kaiferslautern). Die Liste wurde mit 111 gegen 105 Stimmen genehmigt.

Der Reichsparteivorstand der Zentrumspartei beschloß die Zusammenstellung der Reichsliste für die bevorstehenden Wahlen. Die Liste wird geführt durch Reichsminister Dr. Brüning und Prälat Kaas. Es folgen dann an sicherer Stelle als Vertreter der Industrie Geheimrat Finanzrat Bäumgen (Köln) und Florian Müllner, als Vertreter der Frauen Fräulein Beerenboom (Wilsdorf) und als Vertreter des Reichsjugend-ausschusses der Zentrumspartei August Winkler (Köln).

Das Zentrum hat in Bitterteich den Staatspräsidenten Dr. Paul, den Guts- und Brauereibesitzer Farnh und den Verbandsführer Groß an die ersten drei Plätze seiner Liste gestellt.

Die Zentrumspartei hat für die drei sächsischen Wahlkreise einen einheitlichen Wahlvorschlag aufgestellt, dessen Spitzenkandidatur Reichsminister Dr. Brüning übernommen hat. Die in Sachsen abgegebenen Zentrumstimmen kommen dem Reichswahlvorschlag der deutschen Zentrumspartei zugute.

Ein außerordentlicher demokratischer Parteitag des Wahlkreises Berlin vollzog am Montagabend die Kandidatenauswahl zur Reichstagswahl. Nach einer Vereinbarung mit der Volkspartei Reichvereins sind die drei ersten Plätze auf der gemeinsamen Liste demokratischer Kandidaten vorbehalten. An die erste Stelle wurde Reichsfinanzminister Dietrich gesetzt, Reichsminister a. D. Koch-Besler, der ursprünglich als Spitzenkandidat für Berlin genannt wurde, wird jetzt die Reichsliste führen.

Am gestrigen Montag trat der Aktionsausschuß der Staatspartei für Potsdam I noch einmal zusammen, um zu der Frage der Spitzenkandidatur Stellung zu nehmen. Finanzminister Dr. Dähler-Wilhelm wohnte selbst der Sitzung bei. Man einigte sich schließlich dahin, daß Potsdam I grundsätzlich der Volkspartei Reichvereins (Machtaus-Gruppe) zugesprochen werden soll, wenn Berlin, Potsdam II und Frankfurt a. M. schon demokratische Spitzenkandidaten haben. Georg Bernhard, der von den Demokraten als Spitzenkandidat vorgeschlagen worden ist, ist also endgültig fallen gelassen.

Reform des Aktienrechts

Der Entwurf des Reichsjustizministeriums

Das Reichsjustizministerium legt jetzt den Entwurf eines Gesetzes über Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien vor. Der Entwurf stellt nicht eine Novelle zum geltenden Aktienrecht, sondern ein völlig neues Aktienrecht dar, das unter Streichung der augenblicklichen Vorschriften des Handelsgesetzbuches das ganze Aktienrecht neu kodifiziert, und zwar unter dem Gesichtspunkt leichter Verständlichkeit.

Verhältnismäßig wenig geändert sind die Gründungsbestimmungen. Beseitigt wurde die sogenannte Sulzfußgründung. Geblieben ist dagegen die Vorschrift über die 25prozentige Bareinzahlung. Das bisherige Anmeldeverfahren soll in ein Vorprüfungs- und ein Anmeldeverfahren zerlegt werden. Ferner sind Vorkehrungen gegen die sogenannte verschleierte Neugründung getroffen und das Recht der Zweigniederlassung weitgehend den neuzeitlichen Bedürfnissen angepaßt worden.

Der Entwurf hält an dem Grundgedanken der Zweiteilung der Verwaltung, in Vorstand und Aufsichtsrat fest, doch wird der Aufgabenteil des Aufsichtsrates eingeschränkt und Pflichtenvermögen und Pflichtrevisionen eingeführt. Rinderheiten wird die Möglichkeit gegeben, Mitglieder in den Aufsichtsrat zu delegieren. Weiterhin wird bestimmt, daß der Vorstand alle Vierteljahre dem Aufsichtsrat Bericht zu erstatten hat, wobei jedes Mitglied des Aufsichtsrates das Recht auf Auskunftserteilung zu steht.

Das Zentralproblem des Aktienrechts ist die Frage der Ausübung der Aktienrechte in der Generalversammlung. Das Vorzugsstimmrecht wird in der Mehrzahl der wichtigen Fälle ausgeschaltet. Es bleibt bestehen bei der Wahl zum Aufsichtsrat und bei gewissen organisatorischen Beschlüssen. Die Frage der Rechtsbefähigung der Beschlüsse der Generalversammlung ist in weitem Maße sicher gestellt.

Die neuen Vorschriften über die Auskunftserteilung der GA stellen das Recht des Einzelaktionärs auf Erteilung einer Auskunft in der GA außer Zweifel. Unzulässige Ablehnung einer Frage, die sich auf die Angelegenheiten der Gesellschaft erstreckt, die mit den Gegenständen der Verhandlung in Zusammenhang steht, gibt das Recht zur Anfechtung.

Die Offenlegungspflicht kommt ferner in den Vorschriften über den Jahresabschluss zum Ausdruck. Ein Verbot der stillen Reserven ist nicht vorgesehen, doch dürfen diese nicht mehr durch Einführung fiktiver Kreditoren geschaffen werden.

Die Bewertungsrichtlinien schließen sich im wesentlichen dem bisherigen Recht an. Nur ist die Begriffsbestimmung der Absetzung, die unter Anpassung an die Steuererleichterung geschaffen wurde.

Bei der vorgesehenen Schlichtordnung handelt es sich nicht um eine formale, sondern eine materielle Prüfung. Die Anzahl der Bilanzprüfer ist der GA übertragen. Als Bilanzprüfer sollen nur sachlich erfahrene und ausreichend vorgeladene Personen betraut werden.

Der Entwurf trägt ferner dem Gedanken Rechnung, neue Formen der Finanzierung und der Kapitalbeschaffung für das Recht der Aktiengesellschaften wieder aufrecht zu erhalten. Von der Einführung der nennwertlosen Aktien (Quotenaktien) wird abgesehen. Die Vorzugsaktie wird abgeschafft. Die Einführung von Vorzugsaktien durch ein besonderes Einigungsgesetz ist vorgesehen. Die fogen. gebundenen Aktien werden so behandelt, daß, solange die Bindung besteht, eine Stimmrechtsausübung verboten ist.

Als neue Kapitalbeschaffungsformel steht an erster Stelle die Zulassung des „genehmigten Kapitals“. Nach dem Entwurf darf die Verwaltung bis zu einem bestimmten Höchstbetrage zur Ausnutzung geeigneter Finanzierungsmöglichkeiten neue Aktien ohne Befragung der GA ausgeben. Neu eingeführt wird ferner die „bedingte Kapitalbeschaffung“, eine Kapitalerhöhung nur für bestimmte Zwecke. Neben genehmigtem Kapital und bedingte Kapitalerhöhung tritt als neue Finanzierungseinrichtung die Vorzugsaktie ohne Stimmrecht oder mit beschränktem Stimmrecht.

Die Verschmelzung von Gesellschaften wird derartig geregelt, daß aus zwei Gesellschaften eine neue dritte ohne die Form einer Neugründung gebildet werden kann. Neu geordnet ist schließlich das ganze Gebiet der Umwandlung von Kapitalgesellschaften.

Die innerpolitische Lage Polens

Warschau, 19. Aug. (Tel.) Bei der Grundsteinlegung eines Arbeiterheimes hielt der Sejmarschall Dajinski eine Rede, die vom „Robotnik“ veröffentlicht wird. Der Kaufmann bankerottierte, die Fabriken würden geschlossen und die Staatsbeamten hungern, aber zur gleichen Zeit sei der Sejm geschlossen und die Regierung schweige. Ob ein friedlicher Ausweg aus dieser Situation gefunden werden könne, hänge vom größten Teil der Polens ab. Dajinski übte dann eine scharfe Kritik an dem jetzigen Regierungssystem Polens, das Verbrechen und Rechtslosigkeit zeige. Polen werde regiert, als ob es ein im Kriege besetztes Land wäre.

Kurze Nachrichten

Eine polnische Rundgebung am Weichselbrückentopf. In den fünf Weichselhöfen bei Marienwerder, die trotz des allgemeinen deutschen Abstimmungsstieges Polen zugeteilt wurden, fand die Jahrestagung der Abnahme dieser Orte statt, an der ein großer Teil der Starosten (Landräte) und Vertreter der Militär- und Zivilbehörden teilnahmen. Eine Resolution wendet sich in scharfer Form gegen Reichsminister Trevisanus. Es wird darin von der „Möglichkeit eines deutsch-polnischen Krieges“ gesprochen und von der polnischen Regierung eine energische diplomatische Intervention verlangt. Zum Schluß wird die polnische Bevölkerung aufgerufen, „alle Kräfte unter der Parole: Die Front zum Meer und zu Pomerellen!“ zu mobilisieren.

Troski bleibt im Exil. Wie eine Agentur aus Istanbul berichtet, hat Troski die Nachricht, daß er sich demnachst nach Deutschland begeben werde, um mit Hilferin über die Möglichkeit des Wiedereintritts in die kommunistische Partei zu verhandeln, deminiert. Er werde, so heißt es weiter, auf der Insel Prinkipa bleiben.

Der spanische Finanzminister Arguelles ist zurückgetreten.

Bei Grenoble stürzte Montagabend ein aus Alceville kommender Autobus, in dem sich 62 Personen befanden, beim Überholen eines anderen Autobusses in die Höhe. Bisher zählte man 2 Tote und 10 Schwerverletzte. — Die Zahl der bei Autounfällen getöteten Verunglückten wird vom „Journal“ mit 19 Toden und 74 Verletzten angegeben.

In einem Pariser Botort hat ein Großunternehmer seine Frau und seine beiden Kinder im Schlaf erschossen und darauf Selbstmord verübt. Die Tat dürfte auf wirtschaftliche Schwierigkeiten zurückzuführen sein.

Der Dampfer „Zahiti“ ist im Stillen Ozean gesunken. Alle Passagiere befinden sich, wie gemeldet, unverletzt an Bord des Dampfers „Ventura“.

Luftamt — erst in zwei Jahren

Das Reichsverkehrsministerium hat sich jetzt bereit erklärt, die Schaffung eines Luftamtes nach Möglichkeit zu beschleunigen. Ein solches Luftamt ist im neuen Luftgesetz vorgesehen, das an die Stelle des im Jahre 1922 geschaffenen treten soll. Die die „Rosa. Ztg.“ mitteilt, werden aber noch mindestens zwei Jahre vergehen, bis dieses neue Luftgesetz in Kraft treten wird, weil bei der verhältnismäßig jungen Materie des Luftverkehrs noch mancherlei technische Schwierigkeiten zu überwinden sind und das neue Gesetz dem internationalen Luftrecht angepaßt werden muß.

Notstandsarbeiten in Italien

Das umfassende Programm der Notstandsarbeiten, das die italienische Regierung zur Bekämpfung der Winterarbeitslosigkeit aufgestellt hat, ist nach Mitteilung von faschistischer Seite bereits durch bedeutende Geldmittel finanziert. Mit den staatlichen Notstandsarbeiten, die Ende Oktober schon in vollem Gange sind, finden über 200 000 Arbeiter in den Wintermonaten Beschäftigung und Verdienst. Daneben sind von den großen Städten in Verbindung mit der Regierung weitere Notstandsarbeiten geplant. Das italienische Arbeitslosenproblem, das nur als ein Ausfluß der Weltwirtschaftslage betrachtet werden könne, wird mit diesen Maßnahmen nicht vollständig gelöst. Die faschistische Regierung habe damit aber zur Abwehr der erforderlichen Vorbeugungsmaßnahmen ergriffen.

Badischer Teil

Der Fremdenverkehr in Baden im Monat Juli

Infolge der schlechten Witterungsverhältnisse in den vergangenen Wochen blieb der Sommer- und Ferienverkehr im Monat Juli hinter den gehiegenen Erwartungen etwas zurück. Immerhin sind nach den vorläufigen Feststellungen des Badischen Statistischen Landesamts in rund 250 Fremdenplätzen 196 357 Fremde angekommen, auf die insgesamt 740 612 Übernachtungen entfielen. Gegenüber dem Monat Juni bedeutet dies eine weitere Zunahme von 24 939 angekommenen Fremden und von 171 501 Übernachtungen.

Erfreulicherweise hat auch der Ausländerverkehr im Juli eine bemerkenswerte Steigerung erfahren, auf ihn entfielen 43 078 Besucher und 74 308 Übernachtungen. Das Ausland ist somit an der Gesamtbesucherzahl mit 22,0 Prozent (im Vormonat 14,5 Prozent), an der Übernachtungsziffer mit 11,7 Prozent (Juni 8,5 Prozent) beteiligt.

Von den einzelnen Herkunftsländern stehen wie im Vormonat die Vereinigten Staaten von Amerika mit 16 893 Fremden an erster Stelle; ihre Zahl hat sich gegenüber dem Juni (5852) nahezu verdreifacht. In großem Abstand kommt Holland mit der doppelten Besucherzahl wie im Monat zuvor, nämlich 6960 Fremde (3178). Die weitere Reihenfolge ist: England (6478), Schweiz (3967), Österreich (2540) und Frankreich (1894). Hinsichtlich der Aufenthaltsdauer überwiegen wiederum die Amerikaner (19 289 Übernachtungen); es folgen die Holländer (14 886), Schweizer (11 498), Engländer (10 802), Franzosen (8325) und Österreicher (3156).

Im ganzen genommen ist die Entwicklung des Ausländerverkehrs eine befriedigende; leider wird hierdurch der Ausfall der Inlandbesucher nicht ausgeglichen.

Augenminister Dr. Curtius an die Stadt Rehl

Bei der Stadtverwaltung Rehl ist ein Telegramm des Reichsaugenministers Dr. Curtius eingegangen: „Freue mich, Ihnen mitteilen zu können, daß Austausch der Ratifikationsurkunden über Kleinen Grenzverkehr am 14. d. M. stattgefunden und Abkommen am 14. September in Kraft tritt. Öffentlich zieht Rehl hieraus für Verkehr und Wirtschaft reichen Vorteil.“

Badische Landesbibliothek

Die Landesbibliothek in Karlsruhe ist nach Sitzung § 20 wegen Reinigung vom 21. bis 31. August geschlossen. Die in dieser Zeit einkaufenden Bestellungen können deshalb erst nach der Wiedereröffnung ausgeführt werden.

Änderung der Lohnsteuer ab 1. September

Nach der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. Juli 1930 treten ab 1. September 1930 bei lebigen Arbeitnehmern Zuschläge zur Lohnsteuer in Kraft. Das Nähere hierüber ist in einem amtlichen Merkblatt enthalten, das bei den Finanzämtern unentgeltlich abgegeben wird. Um den Arbeitnehmern die Lohnsteuererhebung nach den neuen Vorschriften zu erleichtern, werden in den nächsten Tagen neue amtliche Tabellen herausgegeben, aus den der entsprechende Lohnsteuertbetrag für alle Lohnsteuerpflichtigen ohne weiteres abgelesen werden kann. Die Tabellen können auch durch die Reichsdruckerei in Berlin bezogen werden.

Bereinigung der Polizeiverwaltung

Wie Heidelberger Blättern zu entnehmen ist, sind im Amtsbezirk Heidelberg in der letzten Zeit über 100 Polizeiverordnungen aufgehoben worden.

Der Heidelberger Universitätsneubau

Der nunmehr fertige Rohbau der neuen Universität in Heidelberg (der sog. Schuman-Bau) zeigt ein wichtiges Bauwerk. Die Fundamentarbeiten boten infolge der ungünstigen Bodenverhältnisse des ehemaligen Stadtgrabengebiete ganz außerordentliche Schwierigkeiten. Die alte Stadtmauer mußte durchschnitten und zum Teil gesprengt werden. Dann wurden etwa 150 Eisenbetondecken eingebaut. Die Arbeiten gehen rüstig vorwärts, und der Bau soll bis Mai 1931 seiner Bestimmung übergeben werden.

Tagungen

Deutsche Photographentagung in Konstanz. Vom 11. bis 15. August fand in Konstanz die Tagung des Zentralverbandes deutscher Photographenvereine und -Zunungen unter starker Beteiligung aus dem ganzen Reich statt. Die Tagung diente in der Hauptsache der Klärung wichtiger Berufsfragen. So wurde u. a. behandelt das Ordnungsrecht, die Zensurpflicht und vor allem wichtige Fragen des Urheberrechts.

Heidelberger Genossenschaftstag am 27. und 28. September. Der ursprünglich auf 20. und 21. September angelegte diesjährige Genossenschaftstag des Revisionsverbandes gewerblicher Genossenschaften in Baden e. V. ist auf Samstag und Sonntag, den 27. und 28. September, verschoben worden.

Die Wahlbewegung in Baden Zum liberalen Zusammengehen in Baden-Württemberg

Die Deutsche Volkspartei Emmendingen hielt am Sonntag eine Mitgliederversammlung ab. Der Führer der deutschvölksparteilichen Landtagsfraktion, Dr. Mattes, referierte. Er behandelte dabei den Sammlungsgedanken des Führers Dr. Scholz, der durch die überstürzte Gründung der Staatspartei nicht zur Verwirklichung gekommen sei. Nur in Baden und Württemberg sei es gelungen, eine Einheitsliste aufzustellen unter Wahrung der Selbständigkeit der Parteien. In der Aussprache wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Einheitsliste unter den gegebenen Verhältnissen gütigstenfalls werde. Gleichzeitig wurde einmütig zum Ausdruck gebracht, daß der Gedanke zur Sammlung des Bürgeriums auch weiterhin gefördert werden solle in dem Sinne, daß nicht nur Gruppen von links, sondern auch von rechts der Deutschen Volkspartei mit einzubeziehen seien. In der Frage des Zusammenschlusses der Parteien von der Deutschen Nationalen Partei bis Demokraten anlässlich der Gemeinde- und Kommunalwahlen wurde eine grundsätzliche bejahende Stellung eingenommen.

Badische Wirtschaftspartei u. Reichstagswahlen

Der Landesauschuss der Badischen Wirtschaftspartei besaß sich am Sonntag mit der Reichstagswahl. Der stellvertretende Vorsitzende, Pöfner (Pforzheim), teilte vor Eintritt in die Tagesordnung mit, daß der 1. Vorsitzende, Abg. von Au, an der Versammlung nicht teilnehmen könne, weil er sich einer schweren Operation unterziehen mußte. Aus diesem Grunde sei es ihm auch nicht möglich, die ihm angebotene Kandidatur anzunehmen und sich an der Wahlbewegung zu beteiligen. In seinem Referat über die politische Lage empfahl der Vorsitzende unter lebhafter Zustimmung der Versammelten ein selbständiges Vorgehen der badischen Wirtschaftspartei bei den kommenden Gemeindevahlen und für die Reichstagswahl eine Listenverbindung mit der württembergischen Wirtschaftspartei. Der Nationalsozialistischen Partei sagte er den schärfsten Kampf an, weil sie auf den gänzlichen Ruin des Mittelstandes hinarbeiten und einen Bürgerkrieg herausbeschwören wollten. Als Kandidaten wurden einmütig aufgestellt: 1. Landtagsabgeordneter Drogeriebesitzer Spielmann (Freiburg), 2. Dipl.-Ing. Fabrikant Reinau (Lörrach); 3. Frh. Reineker, Wein- und Installationsmeister, Mannheim; 4. Architekt Wiltel (Karlsruhe) sowie 10 weitere Kandidaten.

Dr. Febr, Kandidat der Deutschen Bauernpartei

Die Deutsche Bauernpartei wird, nachdem eine Einheitsliste der „Grünen Front“ nicht zustande gekommen ist, mit eigenen Listen in den Wahlkampf ziehen. Als Spitzenkandidat für Baden und für Württemberg wurde der bisherige bayerische Landwirtschaftsminister Dr. Febr aufgestellt.

Von den Redarktaustufen

Der Rohbau des Krafthauses bei Gerrenmühle sowie die Unterwasserkanäle sind jetzt fertiggestellt, so daß mit den Montagarbeiten der Turbinen begonnen werden kann. Die gesamte Anlage wird in einem Vierteljahr zu Ende geführt sein.

Die Tiefbauarbeiten der beiden Staustufen von Redarkgen und Redarkstein konnten trotz der Überflutung ohne jede Verzögerung rechtzeitig zu Ende geführt werden; es sind nur noch die Schleusenverschlässe und die Maschinen in den Kraftwerken einzubauen. Die Inbetriebnahme beider Staustufen wird noch im Laufe dieses Jahres erfolgen. Für die Staustufen von Hirschhorn und Rodenau werden zur Zeit die Vorarbeiten erledigt und die Entwurfsunterlagen ausgearbeitet. Die Ausführungen erfolgen voraussichtlich zu Beginn des nächsten Jahres.

Aus der Landeshauptstadt

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe. Ein neues ozeanisches Tief ist über die britischen Inseln nach der Nordsee gezogen und hat uns rasche Wölkungszunahme gebracht. Zeitweise regnet es wieder. Da von Westen neuerdings maritime Luft vorbringt, ist wieder mit leichter Abkühlung zu rechnen. Voraussage: etwas kühl, zeitweise noch wolfig, höchstens vereinzelt leichter Regen.

Gemeinderundschau

Bürgermeisterwahlen. In Retschhausen (bei Weinheim) fand für den nach 20-jähriger Leitung der Dienstgeschäfte von seinem Amte schiedenden 70 Jahre alten Bürgermeister Schmitt am Sonntag Ersatzwahl statt. Gemeinderat Georg Peter Haus wurde einstimmig zum Ortsvorsteher gewählt, nachdem sein Gegenkandidat freiwillig zurückgetreten war. — In Hilsbach (bei Sinsheim) wurde der Landwirt Jakob Bucher mit großer Stimmenmehrheit zum neuen Ortsvorsteher gewählt. — In Wintersdorf (Amt Rastatt) wurde mit einer Mehrheit von 124 Stimmen Postagent und Kaufmann Max Schäfer zum Bürgermeister gewählt.

Die Unterstufungen an Sozial- und Kleinrentner in Weinheim. Der Rechnungsprüfungsausschuss für die Prüfung der städtischen Rechnungen ist auf Grund seiner Prüfungsarbeiten zu der Auffassung gekommen, daß eine Nachprüfung der Auszahlung von Unterstufungen an Sozial- und an Kleinrentner auf den Grad der Bedürftigkeit für die Zukunft erforderlich ist. Für die Vergangenheit wäre eine Nachprüfung der Ertragspflicht am Platze. Der Prüfungsausschuss schlägt dem Bürgerausschuss vor, den Stadtrat zu ersuchen, eine Nachprüfung in diesem Sinne voranzutreiben zu wollen und dem Bürgerausschuss über das Ergebnis Bericht zu erstatten.

Einführung der Bürgersteuer in Schweningen. Der Gemeinderat Schweningen beschloß in seiner letzten Sitzung auf Antrag der Fraktion des Bürgervereins die Einführung der Bürgersteuer auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten. Der Ertrag der Steuer, der für das Rechnungsjahr 1930 auf 18 000 M geschätzt wird, soll zur Senkung der gemeindlichen Grund- und Gewerbesteuer dienen.

Aus dem Bruchsaler Bürgerausschuss. Gegen die Stimmen der Wirtschaftspartei, Sozialdemokraten und Kommunisten beschloß der Bürgerausschuss eine Erhöhung der Biersteuer. Der Ertrag von etwa 18 000 M wird benötigt zur Verzinsung des weiter beantragten Kredits von 200 000 M zur Beschäftigung der auf über 200 angewachsenen Wohlfahrtsvereinslosen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der Bezirksauschuss des Wohnungsverbandes Pforzheim-Land hat in seiner letzten Sitzung wiederum Baudarlehen in Höhe von 79 000 M vergeben. Unter den bezugsfähigen 28 Wohnungen sind 11 Zweizimmer-, 15 Dreizimmer- und 2 Vierzimmernwohnungen. Für diese neu bewilligten Darlehen wurde der Betrag von 54 000 M ausgeschrieben. 25 000 M wurden ferner zur Erhöhung der im laufenden Jahre gewähr-

ten Darlehen für Zweifamilienhäuser von 2500 M auf 3000 M verwendet. Insgesamt sind nun im laufenden Jahre Baudarlehen in Höhe von 361 000 M bewilligt worden.

Die Arbeitslosigkeit in Pforzheim. Ende Juli betrug die Zahl der Arbeitslosen (Arbeitslosen- und Krisenunterstützungsempfänger) in Pforzheim 2394 = 3,01 v. H. der Einwohner (Reichsdurchschnitt anfangs Juni 2,4 v. H.; für Süddeutschland aber nur 2,4 v. H.). Pforzheim steht also über dem Durchschnitt Süddeutschlands. Am 31. Dezember 1928 waren nur 1264 Arbeitslose vorhanden. Die Zahl der Wohlfahrtsvereinslosen in Pforzheim belief sich Ende Juli auf 465 mit einem monatlichen Aufwand von 25 575 M. (31. Dezember 1928: 144.) Heute werden in der allgemeinen offenen Fürsorge 1073 Parteien mit 4292 Köpfen laufend unterstützt, während es am 31. März 1929 nur 775 waren. Im ersten Viertel 1930 ist für insgesamt 2549 unterstützte Parteien mit 7706 Köpfen ein Aufwand von 553 000 M erwachsen, so daß heute schon mit einer Belastung von 2,3 Mill. Reichsmark für das laufende Jahr zu rechnen ist.

Allgemeine Getränkesteuer in Pforzheim. Der Stadtrat Pforzheim beschloß, auf Grund der Notverordnung des Reichspräsidenten eine allgemeine Getränkesteuer einzuführen. Sie soll alle Getränke betreffen, die gegen Entgelt abgegeben und an Ort und Stelle verzehrt werden und 5 Prozent des Kleinhandelspreises betragen. Der Bürgerausschuss soll am Freitag über diese neue Steuer beschließen.

Offenburg will die Gemeindebeiträge erhöhen. Der Stadtrat Offenburg hat dem Bürgerausschuss eine Vorlage über die Erhöhung der Gemeindebeiträge zugehen lassen, nach der die Höhe der Notverordnung des Reichspräsidenten in Offenburg eingeführt werden sollen. Die Erhöhung soll einen Mehrbetrag von 20 000 M erbringen. Aus den Mitteln des zusätzlichen Reichswohnungsbauprogramms, von denen nach Offenburg 40 000 M fallen, sollen 15 bis Dreizimmernwohnungen mit einem durchschnittlichen Kostenaufwand von 5500 bis 6000 M pro Wohnung erstellt werden. Der Mehrbetrag mit 44 000 M, der für dieses Projekt erforderlich ist, soll durch eine Kapitalaufnahme bestritten werden.

In der Wohnungsversorgung von Triberg wurde eine Änderung dahin getroffen, daß die wohnungsberechtigten Wohnungsuchenden mit einem Ausweis der Wohnungskommission versehen werden und sich ihre Wohnung selbst zu suchen haben. Die Pflicht zur Vorlegung und Genehmigung des Mietvertrages bleibt aber bestehen.

Der Gemeindehaushalt von Dinglingen (bei Lahr) wurde in der letzten Bürgerausschuss-Sitzung einstimmig genehmigt. Der Umlagesatz bleibt in der gleichen Höhe wie der vorjährige. Von der Berechtigung der Einführung einer Bier- oder Bürgersteuer macht die Gemeinde keinen Gebrauch.

Strandbad Freiburg. In der Frage der Errichtung eines Strandbades für Freiburg ist man nun einen wesentlichen Schritt vorwärts gekommen. Der Ausschuss einigte sich einmütig auf eine Plananlage, die sich von der Ebnetter Brücke auf der linken Seite der Dreifam bis zu den Univerzitäts-Sportanlagen hinzieht. Bei einer Besprechung im Badestaurant gab der Vorsitzende des Ausschusses, Rechtsanwalt Dr. Graff, einen Überblick über den bisherigen Stand dieses Strandbadprojektes, das sich auf etwa 400 000 M belaufen dürfte. Die Arbeiten sollen im Laufe des Winters in Angriff genommen und durch Vermittlung des Arbeitsamtes möglichst vielen Arbeitslosen Beschäftigung gegeben werden. Von Seiten der Stadtverwaltung steht man dem Projekt günstig gegenüber. Stadtdirektor Müller (Karlsruhe) schilderte die Einrichtungen des Strandbades Kappenberg. Das Wasser für das große Becken wird von der Brugga durch eine etwa 200 Meter lange Rohrleitung zugeleitet. Auch die Lage des Strandbades in der Nähe der Sportanlagen wurde als sehr günstig angesehen. Man hofft, bei allseitiger Förderung des Projektes im Frühjahr oder Sommer nächsten Jahres den Badebetrieb eröffnen zu können.

Kurze Nachrichten aus Baden

D. Mannheim, 19. Aug. Die „Volkstimme“ meldet, daß beim Strehelwerk, Mannheim, neuerdings etwa 80 Arbeiter entlassen worden sind. — Die Enzinger Unionwerke AG. haben, dem gleichen Blatt zufolge, Antrag auf Entlassung von 88 Arbeitern beim Landeskommissar gestellt.

Hd. Mannheim, 19. Aug. Am heutigen Dienstag vollendete Frau Anna Winterwerber im hiesigen Damenheim ihr 95. Lebensjahr. Der Vater der Jubilantin, die sich noch einer ausgezeichneten Rüstigkeit erfreut, war von 1821 bis 1859 Dekan und Stadtpfarrer an der Konfessionkirche in Mannheim.

Hd. Bruchsal, 18. Aug. Zu der Schießerei am Samstagabend auf der Untergrombacher Landstraße meldet nach der Polizeibericht: Am Samstagabend bedrohte der Wächter der hiesigen Fischzuchtanstalt, Rauschmeier von Untergrombach, nach vorausgegangenem Streit mit seiner Ehefrau, auf die er geschossen hatte, vorübergehende Passanten mit der Schusswaffe. Als Polizeibeamte erschienen, eröffnete er das Feuer auf diese, so daß Verstärkung herangezogen werden mußte. Rauschmeier, der sich in dem Gartenkomplex mit einer Kleinfalberbüchse und einer Selbstladepistole verteidigte, konnte nach Umstellung des ganzen Gebietes erst nach heftiger Gegenwehr festgenommen werden. Eine mit sechs Schuss geladene Pistole, die er vorher weggeworfen hatte, wurde sichergestellt.

D. Rehl a. Rh., 18. Aug. Gestern konnte in Körperlicher und geistiger Rüstigkeit Rektor a. D. Wilhelm Grether seinen 70. Geburtstag feiern. Er war zuletzt Leiter des Rehler Volksschulwesens.

Hd. Marlen (bei Rehl), 16. Aug. Die Ausichten der Weiskrauterte, einem der Haupterwerbszweige der Bevölkerung, sind sehr schlecht, da die anhaltende schlechte Witterung jegliche pflanzliche Behandlung unmöglich macht. Nachdem die Getreibeernte schon so schlecht ausgefallen ist, bedeutet diese neue Mißernte einen herben Schlag.

Hd. Singen a. S., 18. Aug. Montag nachmittag um 15 Uhr wurde auf dem als Wertmeierei benutzten Rangierbahnhof der etwa 48 Jahre alte Gehilfe Fecht, in Konstanz wohnhaft, beim Überfahren der Gleise von einer Rangierabteilung erfasst und durch einen heftigen Raststoß sofort getötet. Die Frau des Unglücklichen, der zwei unversorgte Kinder hinterläßt, ist schon seit langer Zeit leidend.

D. Freiburg, 18. Aug. Auf der Bahnlinie Schluchsee-Tebrugg mußte infolge der notwendig gewordenen Aufführung einer Stützungsmauer gegen den Schluchsee hin das Gleis verlegt werden. Die Arbeit wurde in der Nacht zum Samstag durchgeführt und beendet. Die Nachricht, daß die Bahnlinie unterbrochen sei, trifft nicht zu. Die Züge verkehren normal, und nur eine gestern aufgetretene Störung mußte beseitigt werden. Die Fahrstraße, an der sich infolge Senkung des Schluchsees verschiedene Einbrüche des Fahrdammes gezeigt haben, ist für den Verkehr gesperrt.

D. Säckingen, 18. Aug. Der Säckinger Fabrikleiter der Gesellschaft für Wandfabrikation in Basel, Emil Köster, hat in Stein a. Rh. im Garten seiner Schwiegereltern Selbstmord verübt. Er ist am Samstagvormittag gegen 9 Uhr in den Rhein gesprungen und ertrunken. Die Krisis und die Umstellung bei der Gesellschaft für Wandfabrikation in Basel, die

bekanntlich ihr ganzes Aktienkapital und die Hälfte des Obligationskapitals verloren hat und sich nun in Liquidation befindet, waren Kröner, der seit 1909 die Säckinger Filiale leitete, so zu Herzen gegangen, daß er den Tod suchte.

Dr. Mehlich, 18. Aug. Die Beerdigung des so jäh aus dem Leben gerissenen lehrerlicher Bürgermeisters Weißhaupt am Montagmittag gestaltete sich zu einer eindrucksvollen Trauerkundgebung. Auf dem Rathhaus wehten die Flaggen auf Halbmaß und zur Zeit der Beerdigung hatten sämtliche Geschäfte zum Zeichen der Trauer geschlossen. Nach den kirchlichen Zeremonien gedachte als erster Gemeinderat Blum des Verstorbenen als langjährigen Bürgermeisters der Stadt. Namens des Bezirks sprach Regierungsrat Dr. Müller und Amtsgerichtsrat Dr. Wöhner für das Amtsgericht. Weiter wurden Kränze niedergelegt von der Bad. Bauernpartei durch Abg. Hilbert, vom Bad. Städtebund, vom Oberbad. Pferde- und Landwirtschaftsverband, dessen Präsident der Verstorbene war, der Landwirtschaftskammer, landwirtschaftlichen Vereinen, Jugendgenossenschaften usw.

Handel und Wirtschaft Berliner Devisennotierungen

	19. August		18. August	
	Geld	Preis	Geld	Preis
Amsterdam 100 G.	168.78	168.82	168.47	168.81
Kopenhagen 100 Kr.	112.16	112.38	112.16	112.38
Italien 100 L.	21.905	21.945	21.91	21.95
London 1 Pf.	20.37	20.41	20.37	20.41
New York 1 D.	4.1825	4.1905	4.1815	4.1895
Paris 100 Fr.	16.445	16.485	16.44	16.48
Schweiz 100 Fr.	81.345	81.505	81.34	81.50
Wien 100 Schilling	59.095	59.215	59.095	59.215
Prag 100 Kr.	12.413	12.433	12.406	12.426

Süddeutsche Eisenpreise. In der am Montag stattgefundenen Sitzung der Süddeutschen Eisenzentrale in Mannheim ist die Aufrechterhaltung der Zonenpreise (für Mengen bis 15 000 Kilogramm) beschlossen worden, während die Preise für Ladungen freigegeben wurden. Die Verhandlungen wegen Wiedererrichtung des Süddeutschen Eisengroßhandelsverbandes werden fortgesetzt.

Konkurs der Honnes-Werke AG. in Dinglingen. Die Honnes-Werke AG. in Dinglingen bei Laich hat Montag nachmittag Antrag auf Eröffnung des Konkursverfahrens gestellt. Zum Konkursverwalter wurde Rechtsanwalt Gebhardt in Laich bestellt. Erste Gläubigerversammlung ist für den 19. September einberufen, die erste Prüfung soll am 10. Oktober stattfinden. Die Honnes-Werke hatten schon seit längerer Zeit mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Hauptsächlich waren sie mit Reparationslieferungen befaßt und hatten ein nicht unbeträchtliches Lieferungsgeschäft in Eisenkonstruktionbauten und Brückenbauten, insbesondere auch nach Jugoslawien. Auf dem Werkgrundstück liegt auch eine ausländische Hypothek von 1-1,25 Millionen Reichsmark.

Nur Trauben statt Maischelauf. Im Weinhandel machten sich schon seit Jahren Bestrebungen bemerkbar, an Stelle der Maische im Herbst nur helle Trauben zu kaufen. Der Weinhandel verfolgte damit das Ziel, sich gegen jede Art von Verfälschung der Maische durch Wasserzutat usw. zu schützen. Der Weinbau war gegen diese Forderung, weil die ganzen Transportmittel auf Maische eingestellt sind, und die wirtschaftliche Lage des Weinbauers die Neubeschaffung von anderen Transportmitteln — große Wägen an Stelle der Fässer — nicht zulasse. Trotzdem hat der Bund der süddeutschen Weinhandlerevereine kürzlich den Beschluß gefaßt, daß im kommenden Herbst nur noch Trauben gekauft werden sollen. Die Verabfolgung soll nach dem Gewicht erfolgen. Die Stellung der Praxis zu diesem Beschluß dürfte abzuwarten sein.

Erreichtes Ergebnis der 6 proz. Reichsbahnnebenbahnweisungen. Das Reichsbahndirektorium hat in einem Schreiben an den Reichsanwalt das Ergebnis der Zeichnungen auf die 6 prozentigen Reichsbahnnebenbahnweisungen als erfreulich bezeichnet. Der Anleihebetrag von 75 Millionen M ist wesentlich überschritten worden, und die Gesamtsumme der Zeichnungen beläuft sich auf etwa 110 Millionen, so daß eine Kündigung der gezeichneten Beträge erfolgen muß. Vor allen Dingen ist das Ergebnis zu begrüßen, weil die Zeichnungen aus durchaus fertigen Kreisen stammen und anzunehmen ist, daß es sich um eine feste Anlage handelt. Der Erfolg wird noch dadurch erhöht, daß eine Beteiligung des Auslandes durch Unterteilung nicht stattgefunden hat.

Die Königsberger Jubiläumsmesse. Am Sonntagvormittag fand die feierliche Eröffnung der Königsberger Jubiläumsmesse statt. Oberbürgermeister Dr. Lehmann gab einen Überblick über die Entwicklung der Messe seit 1920.

Die Bank von Danzig hat ihren Diskontsatz von 4% auf 4 Prozent herabgesetzt.

KommunalDarlehen 509
vermittelt unter günstigen Bedingungen
JOSEPH LIEBMANN
Bankgesch., Karlsruhe i. B., Tel. 75 u. 76

Wanzen! Wanzen! 438
welch ein Schreck,
mit SO2 schafft's Höllstern weg
F. Höllstern, Ungeziefer-Vernichtungs-Anstalt
Herrenstr. 5, Tel. 5791.

Q.706. Karlsruhe. Im Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Franz Baumann in Karlsruhe, August-Dürck-Str. 7, ist zur Abnahme der Schlussrechnung und zur Erhebung der Einwendungen gegen das Verzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, zur Beschlußfassung über die nicht verwertbaren Vermögensstücke der Festsetzung der Vergütung und Auslagen des Verwalters, sowie zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Schlußtermin bestimmt auf: **Mittwoch, den 27. August 1930, vormittags 10½ Uhr,** vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. 8, 3. Stod., Karlsruhe, 13. Aug. 1930. **Geschäftsstelle des Amtsgerichts A. I.**

Q.707. Karlsruhe. Über das Vermögen der Firma Otto Foehr, Juweliergeschäft in Karlsruhe, Kaiserplatz 1, wurde heute nachmittags 5 Uhr

Staatsanzeiger

Lebensrettung. Der Fortbildungsschüler Wilhelm Gouter in Sasbach a. Rh. hat am 3. Juli 1930 nach zwei achttägigen Märschen aus dem Rhein bei Sasbach vom Tode des Ertrinkens gerettet.

Dem Genannten spreche ich für seine entschlossene und mutige Tat hiermit die öffentliche Anerkennung aus. **Freiburg i. Br., 14. August 1930.**

Der Badische Landeskommissar für die Kreise Freiburg, Lörrach und Offenburg:
J. B. Böhrlé.

Lebensrettung. Kaufmann Max König von Wyhl hat am 15. Juni 1930 nachmittags 2 Personen aus dem Rhein bei Wyhl vom Tode des Ertrinkens gerettet.

Für diese entschlossene und mutige Tat spreche ich dem Genannten hiermit die öffentliche Anerkennung aus. **Freiburg i. Br., den 15. August 1930.**

Der Badische Landeskommissar für die Kreise Freiburg, Lörrach und Offenburg:
J. B. Böhrlé.

Personeller Teil Ernennungen, Versetzungen, Zuruücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts

Ernannt: Der ordentliche Professor der Romanischen Philologie an der Universität Leipzig Dr. Philipp August Becker mit Wirkung vom Tage seiner Emeritierung — d. i. 1. Oktober 1930 — zum ordentlichen Honorarprofessor in der Philosophischen Fakultät der Universität Freiburg; die ordentlichen Professoren an der Handelshochschule Mannheim Dr. Heinrich Sommerfeld und Dr. Ernst Schuster zu ordentlichen Honorarprofessoren an der Universität Heidelberg.

Berufen: Dem planmäßigen außerordentlichen Professor in der medizinischen Fakultät der Universität Heidelberg Dr. Friedrich Viktor von Weisäcker die akademischen Rechte und die Amtsbezeichnung eines ordentlichen Professors; den Privatdozenten: 1. an der Universität Heidelberg Dr. Hermann Glöckner, Dr. Emil Gumbel, Dr. Behring Behrens und Dr. Leonhard Kurz; 2. an der Technischen Hochschule Karlsruhe Regierungsbaurat Dr.-Ing. Paul Wöh die Amtsbezeichnung außerordentlicher Professor für die Dauer ihrer Zugehörigkeit zum Lehrkörper der Hochschule.

Zur Ruhe gesetzt auf Ansuchen: Professor Ludwig Gerlich an der Fischschule in Karlsruhe.

In den Ruhestand versetzt kraft Gesetzes: Direktor Heinrich Wolf in Singen a. O.; Hauptlehrerin Gertrude Rothmann an der Fischschule in Karlsruhe.

Gestorben: Emma Bühn, Hauptlehrerin in Ottersweier, Amt Bühl, am 1. August 1930.

Literarische Neuerscheinungen

„Wie sah Christus aus?“ Vor über 25 Jahren erwarb ein privater Münchner Sammler von einem griechischen Händler aus Jerusalem einen 11 Zentimeter hohen Kopf aus gelbem Alabaster. Die besten Forscher — u. a. der Archäologe Furciwängler, der Mineraloge Prof. Dr. Paul Groth usw. — haben den Kopf gesehen, und ihn vom ersten Drittel des ersten Jahrhunderts datiert. Groth hat das Material als aus Palästina oder aus Oberägypten stammend festgestellt. Alle, die den Christuskopf gesehen haben, waren überwältigt von dem unbeschreiblich feinen Wille. Das selbe offenbar in jedem Zuge die Vollkommenheit und Milde, die Gottesbeherrschung wie man sie von Christus kennt und ihm nachspricht.

Der Vorsitzende des Münchner Altertums-Vereins, Franz Wolter, selbst ein kritischer Sammler und urteilsfähiger Forscher — er ist als Altertumsforscher beider Sachverständiger — hat nun eine kleine ikonographische Studie dem Alabasterkopf gewidmet. Sie ist im Verlag von Hugo Schmidt in München mit 12 Bildern illustriert (unter ihnen der Alabasterkopf in 5 verschiedenen Aufnahmen) in bester Ausstattung erschienen, und zwar in einer deutschen Ausgabe, Preis 2,50 M., in einer englischen Ausgabe (gest. 340) sah nach selbst das Standbild, das die vom Blutflut gebellte Frau in Saffera Philippi ihrem Erretter erziehen ließ. Zwar scheute sich die Christenheit der Frühzeit, den Erlöser darzustellen, und hielt sich an das jüdische Gesetz; aber es sind doch für die gebildeten Kreise Darstellungen des Herrn überkommen. Auch Kaiser Alex. Severus (222) besah eine Büste des Heilandes neben Apollonius von Thama, Abraham und Cur-

pheus usw. Selbst bei Bilatus in Jerusalem soll eine Büste von Christus gesehen worden sein.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß nach einem übersandten Wille Theresia Neumann von Kommerbreuth den Typus ihrer Visionen in dem Alabasterkopf wieder erkannte. Jeder, der die ausgezeichneten, einzig autorisierten Wiedergebungen des Kopfes in dem Buche sieht, wird außerordentlich gefesselt sein.

Ernst v. Aster: Die Psychoanalyse. (Vollständig bearbeitet von den Väterfreunde, Wegweiser-Verlag G. m. b. H., Berlin-Charlottenburg 2.) — Das Erscheinen des vorliegenden Werkes ist zu begrüßen. Wird es doch dazu beitragen, den Mangel an positiver Kenntnis um das weite und so bedeutungsvolle Arbeitsgebiet der Psychoanalyse wesentlich zu beheben. Der bekannte Philosoph entwickelt hier in diesem seinem neuesten Werk zunächst an Beispielen aus der Praxis die Stellung, die die Psychoanalyse im wissenschaftlich-praktischen Betriebe der Gegenwart einnimmt. Hierbei werden dem Leser u. a. Begebenheiten aus dem frühesten Kindesalter vor Augen geführt, die ihm unbeschreiblich erscheinen mögen, die dagegen dem Psychoanalytiker wichtige Anhaltspunkte sind für die Diagnose und die Behandlung nervöser Störungen. Jedoch nicht nur von der ärztlichen Seite der Psychoanalyse als Therapie der Neurose ist in diesem hochinteressanten Buche die Rede, sondern von der Bedeutung der Psychoanalyse für unsere Auffassung vom seelischen Leben und von der seelischen Natur des Menschen. Sowohl in der Zustimmung, wie in der Kritik entfaltet der Autor eine großartige und einbringende Anschauung vom Verlauf der Geschichte der menschlichen Kultur heraus. Wir haben es hier wieder einmal mit einer Erscheinung aus dem Rahmen der wissenschaftlichen Jahresschritte des Volksverbandes der Väterfreunde zu tun, die allein von sich aus die Aufmerksamkeit weitet und ganz neuer Kreise auf diese bedeutungsvolle Organisation des R. v. A. lenken wird.

Dr. L. Vaneth: „Gesunde und kranke Nerven.“ (Mag. Heßes Verlag, Berlin. Gebunden 3,50 M.) Das Buch schildert u. a. die verschiedenen Nervenkrankheiten und die Methoden ihrer Heilung, und es zeigt dem Laien, wie er sich zurechtfinden kann unter der Menge von wissenschaftlichen Begriffen und Zusammenhängen. Aus dem Zusammenhang, nervös zu sein, wird dem Einsichtigen das Unklug, feinerartig zu sein. Statt unter dem Durchschnitt anzufrieren und krank dahinauszugetieren, kann er sich möglicherweise aus eigener Kraft über den Durchschnitt erheben, kann seine Neurose als Verpöchtigung empfinden und sie in den Dienst ewiger Ziele stellen. So gesehen erhält die Neurose auch eine sittliche Bedeutung. Nicht im Sinne der zum Überdruß gepredigten Moral, „sich zusammenzureißen“, was etwa daselbe wäre, als wenn man eine aus dem Geleise geprungene Lokomotive mit Bolldampf vornwärtsstreife, anstatt sie erst in ihre Schienen zurückzustellen. Sondern kraft organischer Entwicklung des in jedem Menschen liegenden Wesensgesetzes. Dies ist im Neurosen meist schwerer verkümmert, als im Gesunden, aber wenn es frei und zum natürlichen Wachstum gebracht ist, kann es sich und den andern eigentümliche hohe Werte darbieten.

Der Anant-Verlag bringt unermülich neue Ausgaben in vorbildlicher Ausstattung und zum Preise von 2,85 M pro Band, einem Preise, der, lebhaft umstritten, nun zum Vorbild innerhalb des deutschen Buchhandels geworden zu sein scheint.

Einem wirklichen Bedürfnis entspricht die Ausgabe der sämtlichen Werke von Oscar Wilde, herausgegeben und eingeleitet von Arnold Zweig. Die bisher nur in teuren Einzelausgaben erschienenen Werke, darunter „Epithela“ und „Die florentinische Tragödie“, sind hier mit den klassischen Prosa- und Bühnenwerken vereinigt. Der sorgfältigen Übersetzung entspricht die übersichtliche Einteilung und der vorzügliche Druck.

Von Emile Zola erschienen die beiden Trilogien „Die drei Städte“ — „Lourdes“, „Rom“, „Paris“ — und „Die Evangelien“ — „Arbeit“, „Wahrheit“, „Fruchtbarkeit“. Diese Werke, gleichsam die schöpferisch-aufbauende Krönung der Lebensstat dieses kämpferischen und tätigen Geistes, sind gerade heute durch ihre Auseinandersetzung mit den geistigen, wirtschaftlichen und sozialen Problemen der Menschheit von aktuellem Interesse und lebendiger Wirkung. Seit Jahren begriffen, stellen sie eine wesentliche Bereicherung jeder Bibliothek dar.

Der wirksamen Verbreitung eines lebenden Dichters dient die Zusammenfassung dreier Werke von Waldemar Bonsels, „Menschenwege“, „Eros und die Evangelien“ und „Arven und Helde“ erscheinen unter dem zusammenfassenden Titel „Notizen eines Vagabunden“ in einem Bande. In diesem Zusammenhange muß auf den Standardpreis von 2,85 M besonders hingewiesen werden, denn bisher kosteten diese drei Werke etwa siebenmal so viel!

Die Werke von Oscar Wilde, die Wiedererweckung der sechs Meisterwerke von Emile Zola, die im besten Sinne vollstimmliche Verbreitung der drei Werke von Waldemar Bonsels in einem Bande bedeuten wieder eine Tat für jeden Leser, für den Buchhandel und für das geistige Leben aller Menschen, die im Buch, vor allem aber im guten und billigen Buch, das jeder sozialen Schicht erreichbare Bildungsmittel sehen.

das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet. Als Vertrauensperson wurde Bürgermeister F. W. Roerner in Karlsruhe, Kaiserstr. 239, bestellt. Der Schuldnerin wurde gemäß §§ 50, 51 und 54 B.O. allgemein verboten, über die Vermögensstücke der Schuldnern oder das Privatvermögen des Inhabers des Vergleichsverfahrens ohne Zustimmung der Vertrauensperson zu verfügen. Termin zur Verhandlung über den Vergleichsvorschlag wurde bestimmt auf: **Freitag, den 12. September 1930, nachmittags 4 Uhr,** vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. 8, I. Stod., Zimmer Nr. 40, Karlsruhe, 15. Aug. 1930. **Geschäftsstelle des Amtsgerichts A. 9.**

Q.791. Schönau i. Schw. Über das Vermögen der Firma Donat Ralle, Inhaber Alfred Ralle, Fabrikant in Tobtnau, wurde heute nachmittags 5 Uhr

das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet. Als Vertrauensperson wurde Dr. Georg Zimmermann in Freiburg i. Br., Schwarzwaldstr. 5, bestellt. Termin zur Verhandlung über den Vergleichsvorschlag wurde bestimmt auf: **Sonntag, den 13. September 1930, vormittags 10 Uhr,** in dem Rathsaal in Schönau bestimmt. Der Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens und seine Unterlagen, sowie das Ergebnis der weiteren Ermittlungen sind auf der unterzeichneten Geschäftsstelle zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt. **Schönau im Schwarzwald, den 14. August 1930.** **Geschäftsstelle des Amtsgerichts.**

Q.801. Karlsruhe. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Viehhändlers Josef Schindler in Karlsruhe, wurde mangels Masse eingestellt. **Karlsruhe, 16. August 1930.** **Geschäftsstelle des Amtsgerichts A. 7.**

Q.800. Karlsruhe. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Leo Ray in Karlsruhe, Kaiserstr. 26, jetzt in Forstheim, Wahnhoffstr. 16, wurde nach rechtskräftiger Bestätigung des Zwangsvergleichs aufgehoben. **Karlsruhe, 29. Juli 1930.** **Geschäftsstelle des Amtsgerichts A. 6.**

Karlsruhe. Q.795 Güterrechtsregister-einträge. 1. Zu Band I Seite 447: Scherer Hermann, Gastwirt, Gagsfeld, und Marie geb. Schilling. Vertrag vom 24. Juni 1930. Vorkaufsgut der Frau. 2. Seite 448: Bollmar Ernst, Direktor und Ingenieur, Karlsruhe, und Vina Dorothea geb. Korte. Vertrag vom 10. Juli 1930. Gütertrennung. 3. Seite 449: Schuerpflug Albert, Architekt, Karlsruhe, und Helene geb. Wendel. Vertrag vom 22. Juli 1930. Gütertrennung. 12. 4. Seite 450: Müller Augustin, Schuhmacher,

und Elisabeth Karlsruher geb. Gouter. Vertrag vom 5. Juni 1930. Ertragsgemeinschaft mit Vorkaufsgut der Frau. 5. Seite 451: Kaufmann Michael, Schuhmacher, Karlsruhe, und Karoline Wilhelmine geb. Gouter. Vertrag vom 16. Juli 1930. Ertragsgemeinschaft mit Vorkaufsgut der Frau. 6. Seite 452: Köster Karl, Radmeister, Karlsruhe, und Vina geb. Pfeil. Der Mann hat das Recht der Frau, innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreis die Geschäfte des Mannes für ihn zu besorgen und ihn zu vertreten, ausgenommen. 13. 8. 30. 7. Seite 453: Huber Erwin, Kaiser, Karlsruhe, und Vina geb. Bittelbrunn. Vertrag vom 10. März 1930. Gütertrennung. 8. Seite 454: Mohr Emil, Schneider, Börsch, und Vina geb. Merler. Vertrag vom 30. Juli 1930. Ertragsgemeinschaft

Karlsruhe. Q.798 Güterrechtsregister-einträge. 9. Seite 455: Wirth Werner, Musiker, Karlsruhe, und Vina geb. Griebel. Vertrag vom 19. April 1930. Gütertrennung. 10. Seite 456: Schwab Wilhelm, Kaufmann, Karlsruhe, und Vina geb. Gurrle. Vertrag vom 4. August 1930. Gütertrennung. 16. 8. 30. **Amtsgericht Karlsruhe.**

Durlach. Q.798 Güterrechtsregister. Eingetragen am 13. August 1930. Grünwedel Oskar, Schlosser in Zöhligen, und Vina geb. Lautz. Vertrag vom 25. Februar 1930. Gütertrennung. **Amtsgericht.**

Offenburg. Q.799 Güterrechtsregister-einträge. Bd. 2 S. 474: Karl Hoffmann, Maurer in Schutterwald, und Helene geb. Schlegel. Vertrag vom 4. April 1930. Gütertrennung. **Offenburg, 14. Aug. 1930.** **Bad. Amtsgericht III.**

Karlsruhe, und Elisabeth Karlsruher geb. Gouter. Vertrag vom 5. Juni 1930. Ertragsgemeinschaft mit Vorkaufsgut der Frau. 5. Seite 451: Kaufmann Michael, Schuhmacher, Karlsruhe, und Karoline Wilhelmine geb. Gouter. Vertrag vom 16. Juli 1930. Ertragsgemeinschaft mit Vorkaufsgut der Frau. 6. Seite 452: Köster Karl, Radmeister, Karlsruhe, und Vina geb. Pfeil. Der Mann hat das Recht der Frau, innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreis die Geschäfte des Mannes für ihn zu besorgen und ihn zu vertreten, ausgenommen. 13. 8. 30. 7. Seite 453: Huber Erwin, Kaiser, Karlsruhe, und Vina geb. Bittelbrunn. Vertrag vom 10. März 1930. Gütertrennung. 8. Seite 454: Mohr Emil, Schneider, Börsch, und Vina geb. Merler. Vertrag vom 30. Juli 1930. Ertragsgemeinschaft

Karlsruhe. Q.795 Güterrechtsregister-einträge. 1. Zu Band I Seite 447: Scherer Hermann, Gastwirt, Gagsfeld, und Marie geb. Schilling. Vertrag vom 24. Juni 1930. Vorkaufsgut der Frau. 2. Seite 448: Bollmar Ernst, Direktor und Ingenieur, Karlsruhe, und Vina Dorothea geb. Korte. Vertrag vom 10. Juli 1930. Gütertrennung. 3. Seite 449: Schuerpflug Albert, Architekt, Karlsruhe, und Helene geb. Wendel. Vertrag vom 22. Juli 1930. Gütertrennung. 12. 4. Seite 450: Müller Augustin, Schuhmacher,

Karlsruhe. Q.798 Güterrechtsregister-einträge. 9. Seite 455: Wirth Werner, Musiker, Karlsruhe, und Vina geb. Griebel. Vertrag vom 19. April 1930. Gütertrennung. 10. Seite 456: Schwab Wilhelm, Kaufmann, Karlsruhe, und Vina geb. Gurrle. Vertrag vom 4. August 1930. Gütertrennung. 16. 8. 30. **Amtsgericht Karlsruhe.**

Durlach. Q.798 Güterrechtsregister. Eingetragen am 13. August 1930. Grünwedel Oskar, Schlosser in Zöhligen, und Vina geb. Lautz. Vertrag vom 25. Februar 1930. Gütertrennung. **Amtsgericht.**

Offenburg. Q.799 Güterrechtsregister-einträge. Bd. 2 S. 474: Karl Hoffmann, Maurer in Schutterwald, und Helene geb. Schlegel. Vertrag vom 4. April 1930. Gütertrennung. **Offenburg, 14. Aug. 1930.** **Bad. Amtsgericht III.**